Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" wird „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag und 14tägig Donnerstags „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus, Hof, Garten", jeden Freitag Bildblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vom 1. April d. J. ab monatl. 7.— M. ausschl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatl. 7.50 M. bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das In- und Ausland 15 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseratenpreis: Zeile M. 5.— u. 65% Zuschl. Stellen-Gesuche M. 7.50 und 10% Zuschl. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49, Filialen: Leipziger Str. 103; Potsd. Str. 53; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz, Köpenicker Str. 67/68; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 285; Frankf. Allee 246; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-5; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstraße 39; Rünrd. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstraße 1/3; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 65 • Ausgabe A Nr. 36
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 65

Donnerstag, 5. Februar 1920
49. Jahrgang

Die Auslieferungsliste.

Die Schande der Entente.

T. W. Man könnte die aus Paris nach Berlin gelangte Auslieferungsliste um so mehr für einen schlechten Scherz halten, da die Franzosen, die ja als Haupturheber dieses Schriftstücks gelten müssen, auf dem Gebiete des Esprits etwas heruntergekommen sind. Aber die Entente will, daß wir die Liste und die Forderung, alle darauf genannten Personen in ihre Hände zu liefern, ernst nehmen, und darum kann man ihr nur ernsthaft antworten, daß sie nicht uns, sondern ihren eigenen Völkern und ihren eigenen Armeen einen beispiellosen Schimpf, eine kaum tilgbare Schande zugefügt hat. Diejenigen von uns, die immer jede Gewaltpolitik, und vor allem die widerwärtigen Exzesse der Gewalt, bekämpft haben, wissen genau, daß auf der Liste viele Leute stehen, denen keine Sympathie und noch weniger ein Heldenkranz gewidmet werden darf. Es stehen viele darauf, die sich brutal und verbrecherisch gegen wehrlose, schutzlose Menschen in den Kriegsgebieten vergangen haben, und es liegt uns unendlich fern, für diese einzutreten, und wir wollen nur, daß sie ein deutsches, nicht ein fremdländisches Gericht bestraft. Auch in diesem Augenblick, auch angesichts einer so unerhörten, von geistiger Verwirrtheit zeugenden Zumutung vergessen wir nicht, daß Frankreich und Belgien auf trostlose Ruinen blicken, und daß ein solches Schauspiel Empfindungen, die dem Besitzer unzerstörter Heimstätten fremd sein können, erzeugt. Obwohl es klar zutage liegt, daß auch auf der Seite der Entente von Politikern, Zivilmachthabern und Militärs Verbrechen verübt worden sind, und noch zahlreicher verübt worden wären, wenn der Krieg auf deutschem Boden getobt hätte, soll nicht das leiseste Wort der Entschuldigung für die Deutschen gesagt werden, die sich angemaßt haben, gleichgültig, kalt und hoheitsvoll über Recht und Menschlichkeit hinwegzugehen. Aber die Liste erhält ihren eigentlichen Charakter nicht durch die Aufzählung von Männern, auf denen der Verdacht, über das allgemeine Kriegsverbrechen hinaus frevelhafte Taten begangen zu haben, glaubhaft und lastend ruht. Sie erhält ihre eigentliche Bedeutung durch die Nennung fast aller deutschen Heerführer, deren Auslieferung, gemeinsam mit der des Herrn v. Bethmann Hollweg, man wünscht. Hindenburg, Ludendorff, Bülow, die Belows, Mackensen und all' die Generäle, die vier Jahre lang ihre Armeen siegreich geführt haben, wünscht man, auf einer französischen oder belgischen Anklagebank, zwischen Gendarmen zu sehen. Vier Jahre lang hat man gezittert — jetzt sucht man Rache und Entschädigung für so viel Angst! Ein ausgehungertes, von der Welt abgeschnittenes Volk hat nach vier Jahre langem Kriege die Waffen strecken müssen, weil es, infolge furchtbarer Fehler und Irrtümer, nicht nur den vereinigten Ententeheren, die es so lange abgewehrt hatte, sondern auch noch Amerika gegenüberstand. Jetzt kommen die Sieger, die nur durch ihre Uebermacht gesiegt haben, und möchten in ihrem ausschweifenden Hochmut die besiegten Feldherren im Triumphzug herumschleifen lassen, wie es das entartete Römertum mit den gefesselten Galliern und Cheruskern tat. Diese Liste ist ein Dokument, wie die moderne Geschichte kein ähnliches kennt. Ehrenvoller ist es, besiegt zu sein . . .

Daß in dieser Frage der Kriegsfrevel die deutschen Regierungen — die monarchischen und die republikanischen — durch Hinneigung zu den militaristischen Ideen, durch ängstliche Scheu und durch Vernachlässigung schwer gefehlt haben, ist eine Wahrheit, die heute auch von ehemaligen Posaunenbläsern des Militarismus eifrig nachgepiepst wird. Weder die drängenden Mahnungen, noch die beschwörenden Warnungen der wenigen, die auch unter der Kriegszensur nicht ganz auf eine eigene Meinung verzichten wollten, haben etwas genützt. Nachdem hier an dieser Stelle seit 1915, seit dem Auftauchen der ersten „Greuelberichte", vergeblich die sofortige Untersuchung und die Sühnung aller wirklichen Freveltaten verlangt worden war, und auch direkte Schritte und Vorstellungen bei den Vertretern des alten Regimes keinen Erfolg gehabt hatten, wurde hier beim Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen noch einmal die deutsche Regierung aufgefordert, nun endlich das Notwendige zu tun. Als auch diese Gelegenheit versäumt worden war und nun Scheidemann in Weimar die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes ankündigte, versuchte ich, am 8. März 1919, mit folgenden Worten der Ansicht Gehör zu verschaffen, daß unendlich wichtiger und dringlicher als alle Zänkereien über Ludendorffs Politik die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die von der Entente angeschuldigten Personen sei: „Rund um Deutschland herum lagert noch immer eine Atmosphäre, die von Anklagen stickdunstig ist. In Versailles wird man den deutschen Delegierten eine lange, von einer besonderen Kommission aufgesetzte Liste derjenigen Taten präsentieren, deren Sühnung gefordert wird. Warum, bei allen Heiligen, abwarten, bis man uns dieses Register überreicht? Warum hat man — ich bitte die Wiederholung einer schon oft geäußerten Frage zu entschuldigen — nicht längst erklärt, daß man zu gewissenhaftester Untersuchung und, wo es nottue, zu strengster Bestrafung entschlossen sei?" Auch dieser Notruf verhallte wirkungslos. Und selbst nachdem man in Weimar, am 23. Juli, erfahren hatte, daß der „Oberste Rat" in Paris die „Vorbehalte", mit denen man den Friedensvertrag hatte unterzeichnen wollen, höhnisch ablehnte, und nachdem also der ganze Ernst der Angelegenheit jedem offenbar geworden war, geschah noch nichts. Erst am 18. Dezember schuf man ein Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen, das aber bis heute ein unbenutztes Prunkstück der Gesetzessammlungen blieb. Während des Krieges wurde, wie auch mir Hochstehende klagend gestanden, eine öffentliche Untersuchung der gegen Offiziere gerichteten Beschuldigungen durch die nationalistische Stimmung unmöglich gemacht. Unter der Republik blieb der Wunsch, die deutschnationale Agitation nicht zu stärken, das Hindernis.

Noch andere Fehler wären zu nennen, aber der schwerste war doch, daß es — und wie es — zur Unterzeichnung des Friedensvertrages kam. Denen, die voreilig zum Unterschreiben drängten, jeden Widerstand untergruben und durch die Versicherung, nach der Unterzeichnung werde alles gut werden und Milde walten, sich naiv täuschen ließen, ist immer wieder hier gesagt worden, wir würden auch nach diesem Unterwerfungsakt allen Bedrohungen preisgegeben sein. Man fürchtete die Zwangsmaßregeln, die der Ententemilitarismus in der Ferne einschüchternd hervortreten ließ. Und heute — und jetzt? Wir stehen genau wieder, wo wir damals standen, und wir werden jedesmal, wenn Deutschland sich wirtschaftlich und politisch [illegible] hat, am gleichen Punkte stehen. Jedesmal, wenn die Entente den Eindruck haben wird, daß wir genesen könnten, wird sie etwas Unmögliches fordern und die Gewalt gegen uns aufmarschieren lassen — falls wir ihr nicht klar zu machen wissen, daß es für alles, und auch dafür, ein Ende gibt.

Die Liste der Entente ist nicht nur ein für seine Urheber schmachvolles, von Uebermut, Rachedurst und nachwirkender Furcht diktiertes Aktenstück, sondern sie ist auch ungemein dumm. Diese Herren haben sich vor der Welt allzu unvorsichtig demaskiert, und die Welt sieht ihre wahren Motive, ihren wahren Geist und ihr wahres Gesicht. Es ist ganz unmöglich, daß die anständigen Menschen in neutralen und selbst in den „alliierten" Ländern nicht in Scham ein wenig erröten — oder sie müßten nicht anständige Menschen sein. Es ist unmöglich, daß man in Amerika und in Japan, wo man an dieser trüben Farce nicht teilgenommen hat, nicht die ganze Häßlichkeit eines schlotternden Pharisäertums erkennt. Es ist sogar unmöglich, daß ehrliebende Offiziere der Ententearmeen ohne ein Gefühl der Uebelkeit schauen, wie man bei ihnen Ritterlichkeit gegenüber einem besiegten, nach vier Jahren besiegten Gegner übt. Eben erst hat ein französischer General, der General Buat, eine Studie erscheinen lassen, in der er mit ruhigem Gerechtigkeitssinn über diese jetzt auf die Auslieferungsliste gesetzten Führer spricht. Und die Liste ist auch ein unendlich dummes Dokument, weil sie wirklich Unausführbares fordert, und weil ihr gegenüber ganz Deutschland einig sein muß. Alle Schuldigen, alle, die eine unglückliche Zivilbevölkerung gequält und geschunden, fremdes Gut entwendet oder noch Schlimmeres begangen haben, müssen vor den Richter, vor einen mit allen Garantien umgebenen, von Entente-Vertretern unterstützten Gerichtshof kommen, aber wir lehnen

„Würde bewahren!"

Ein Aufruf des Reichswehrministers.

Der Reichswehrminister Noske hat folgenden Aufruf erlassen:

„So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Ententeregierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern bewahrt wird, daß jede Belästigung von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und militärischen Kommissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßregeln zu treffen.

Berlin, den 5. Februar 1920.

Der Oberbefehlshaber.
gez. Noske."

Das Ergebnis der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts.

„Die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich."

Die Reichsregierung hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsliste geschaffenen Lage beschäftigt. Durch die Weigerung des Herrn v. Lersner, Note und Liste entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht im Besitz der beiden Schriftstücke. Jedoch hat die Beratung, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfand, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt, wie er aus der am 25. Januar in Paris überreichten, inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Reichsregierung hat schon bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags keinen Zweifel darüber gelassen, daß **die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist.** Diese Ueberzeugung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiteren, notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

*

Der **deutsche Geschäftsträger in Paris,** Herr Mayer-Kaufbeuren, weilte bis gestern in München zur Erledigung von Privatangelegenheiten. Er ist von der deutschen Regierung gebeten worden, nach Berlin zu kommen, und wird heute hier erwartet.

*

In der Liste fordert **Frankreich** die Auslieferung von etwa 245 Personen, **Belgien** gleichfalls ungefähr 245, **England** ungefähr 75. Der Rest verteilt sich auf Italien, Polen, die Tschecho-Slowakei und den Südslawischen Staat.

Sitzung der Botschafterkonferenz.

Paris, 4. Februar. (Havas.)

Infolge des Rücktritts des Freiherrn v. Lersner trat die Botschafterkonferenz heute morgen zu einer Sitzung im Ministerium des Aeußern zusammen, um die Lage einer Prüfung zu unterziehen.

w. Bern, 4. Februar.

Aus Paris wird gemeldet: In einem Interview, daß Freiherr v. Lersner einem Havas-Vertreter gewährte, bestätigte er, daß er die ihm zugestellte Auslieferungsliste Herr Millerand zurückgegeben und hierauf von der Regierung seine Entlassung erbeten habe. Er habe in Uebereinstimmung mit seinem Gewissen, aber nicht in Uebereinstimmung mit seiner Regierung gehandelt. Er überlasse es anderen, wenn sie sich finden sollten, eine „Liste der Schuldigen" offiziell in Empfang zu nehmen. Was ihn betreffe, begebe er sich heute nach Berlin zurück.

Haag, 4. Februar.

Zu der Pariser Meldung, daß Freiherr v. Lersner die ihm übermittelte Auslieferungsnote Millerand mit dem Bemerken zurückerstattete, daß er als Führer der deutschen Friedensdelegation zurückgetreten sei und nach Berlin zurückkehre, schreibt der „Telegraaf": „Herr v. Lersner hat mit seiner Geste wahrscheinlich sagen wollen, daß er die Liste nicht nach Berlin weiterleiten wolle, und es wird wahrscheinlich Mühe kosten, einen deutschen Delegationschef zu finden, der sich hierzu bereit finden wird. Es ist dies eine Haltung, die viel Aehnlichkeit mit einer Obstruktion hat. Das kennzeichnet die schwierige Lage, in die der Vertreter der deutschen Regierung und auch die deutsche Regierung selbst gerät, nun, da sie von der Entente auf die Auslieferung gedrängt wird, andererseits ihre Ohnmacht zur Durchführung der Auslieferung offenbar ist. Was der Oberste Rat als Antwort auf die Abreise des Herrn v. Lersner beschließen wird, wissen wir natürlich nicht. Jedenfalls ist es sehr gut möglich, daß wir am Vorabend einer sehr ernsten Krise in der Durchführung des Friedensvertrages stehen."

Die neueste Ententenote an Holland.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung ist das neue Schreiben an Holland betreffend die Auslieferung des Kaisers in energischem Ton gehalten. Es drückt die Hoffnung aus, Holland werde sich der Gerechtigkeit und Moral, die über allen Prinzipien des gegebenen Rechts stehen, anschließen und nicht die Verantwortung für eine gegenteilige Haltung auf sich nehmen.

*

Die Liste der auszuliefernden Personen veröffentlichen wir auf Seite 4.